

Die Revolution von 1848

1. Kurzporträt Revolution 48.....	2
2. Orte und Daten der Revolution.....	2
3. Vorgeschichte.....	3
3.1 Politik nach 1815.....	3
3.2 Wirtschaft und Soziales 1840-47	4
3.3 Vorspiel in im Deutschen Bund	6
3.3.1 Offenburger Programm.....	6
3.3.2 Heppenheimer Protokoll	6
3.3.3 Forderung Volksvertretung	6
3.4 Vorspiel in Preußen.....	7
3.5 Initialzündung.....	7
4. Märzrevolution im Deutschen Bund	8
4.1 Erhebungen auf dem Land.....	8
5. Frankfurter Nationalversammlung	9
5.1 Start und Ziel.....	9
5.2 Zusammensetzung des Parlaments.....	10
5.3 Liberaler Kompromiss	10
5.4 Erfolge der Gegenrevolution	11
5.5 Themen der Nationalversammlung	11
5.5.1 Grundsatzdebatte 1: Staatsgebiet	11
5.5.2 Grundsatzdebatte 2: Grundrechte	11
5.5.3 Grundsatzdebatte 3: Staatsform.....	12
5.6 Einigung	12
5.7 Gescheitert: Kaiserwahl und Revolution	12
5.8 Letzter Anlauf: Reichsverfassungskampagne	13
6. Preußen	14
6.1 Revolution.....	14
6.2 Preußische Nationalversammlung	14
6.3 Gegenrevolution.....	15
7. Revolution in Österreich	16
8. Revolution in Baden: Anfang und Ende der Revolution 1848	17
9. Fazit	18
10 . Literatur	19

1. Kurzporträt Revolution 48

Die Revolution von 1848 war im Vergleich zu den Revolutionen von 1789, 1830 und 1917/18 diejenige, die

- sich am schnellsten und weitesten verbreitet hat
- die erste und letzte, die große Teile von Europa gleichzeitig erfasste

Aber sie gilt als die erfolgloseste, nach vier Monaten war die Niederlage klar und nach 18 Monaten die alten Regime – außer in Frankreich – wieder an der Macht. Doch das Scheitern ist nicht eine Niederschlagung einer großen Revolution einer Klasse, denn es ist – beim genauen Hinsehen – keine soziale Revolution, wie Marx sie beschreibt. Deshalb scheitert der Aufstand bereits am Anfang daran, dass es kein Subjekt gibt, das die Revolution trägt und gegen die herrschende Macht durchsetzt. Es gibt nur einzelne Akteure, die schnell und mit Unterstützung der herrschenden Dynastien Interessen durchsetzen können. Das Bürgertum wird nicht zur politischen Macht, die alten Mächte werden nicht beseitigt. Insofern trägt das Bürgertum zu deren Modernisierung bei und profitiert wirtschaftlich davon. Die Akteure der sozialen Revolution können ihre Interessen kaum artikulieren, sie scheitern auf der Straße und im Parlament. Die Revolution ist nachhaltig beschädigt; Heine findet eine gescheiterte Revolution schlimmer als keine Revolution.

Als am 30.5.49 dann auch noch für die 2. Kammer in Preußen wieder das Dreiklassenwahlrecht eingeführt wird, reagiert die Börse mit einer Hausse. Marx sah in der Welthandelskrise Krise 1847 die eigentliche Grundlage für die Februar- und Märzrevolutionen, ebenso die Prosperität von 1849/50 für die Grundlage der Reaktion.

2. Orte und Daten der Revolution

Die Revolution bricht 1848 an vielen Orten in Europa aus, zuerst in Paris (22.2) und im Großherzogtum Baden (1.3.). Es entstehen Aufstände unterschiedlicher Autonomiebewegungen, die vor allem die Habsburgermonarchie betreffen. Österreich war Teil des Deutschen Bundes, aber vor allem ein Großreich von Oberitalien bis an die Grenzen des Osmanischen und des Russischen Reiches. Nationale Autonomiebewegungen entstehen in Böhmen (Prager Aufstand, Niederschlagung durch österreichisches Militär unter Führung von Windisch-Graetz,

16.6.48) , Oberitalien (italienische Einigungsbewegung endet mit der Niederlage Venedigs am 32.8.49) und Ungarn. (Niederschlagung 11.8.49 und 3.10.49 Kapitulation gegen Heer von Österreich/Russland/Kroatien).

Wien ist das Zentrum der Revolution im deutschsprachigen Österreich. Sie beginnt dort am 13.3.48 mit dem Sturm auf das Ständehaus und Anschlägen von Sozialrevolutionären gegen Läden und Fabriken. In Berlin startet die Revolution am 18.3.48.

In Preußen ist auch Posen Ort der Revolution, die bereits Anfang Mai von preußischen Truppen niedergeschlagen wird. Überall kommt es zu Bauernaufständen.

Im Deutschen Bund geht die Revolution am 1.3.48 von Karlsruhe aus; hier gibt es enge Kontakte nach Frankreich und radikaldemokratische Bestrebungen für eine soziale Revolution.

Baden bleibt während der ganzen Zeit Ort radikaldemokratischer und sozialrevolutionärer Erhebungen für eine deutsche und auch für eine europäische Republik. Frankfurt wurde als Freie Stadt für die Nationalversammlung gewählt.

3. Vorgeschichte

3.1 Politik nach 1815

Der **Wiener Kongress**¹ legte die Grenzen in Europa neu fest und definierte neue Staaten. Unter der Leitung des österreichischen Außenministers Metternich entstand ein restaurativ-konservatives Europa. Geschaffen wurde schließlich der lose Deutsche Bund souveräner Staaten mit Österreich als Präsidialmacht.²

In der Verfassung war vorgesehen, dass sich jeder Bundesstaat eine landständische Verfassung geben müsse. Eine ganze Reihe von Ländern kam dieser Forderung nach. Aber ausgerechnet die beiden deutschen Großmächte Preußen und Österreich verfügten bis 1848 über keine geschriebene Verfassung.

Die dem Kongress folgende Restauration, die Unterdrückung nationaler und liberaler sowie demokratischer Bestrebungen, konnte nicht verhindern, dass sich die Ideen von bürgerlichen Rechten und nationaler Eigenständigkeit weiter verbreiteten.

Bayern, Baden und Württemberg bekamen 1818 und 1819 Verfassungen und Parlamente. Burschenschaften versuchten 1817 auf dem Wartburgfest, Ziele der Freiheits- und Nationalbewegung aus der Zeit der Kämpfe gegen Napoleon wieder in den Vordergrund zu rücken. 1819 wurden die Burschenschaften in den Karlsbader

Beschlüssen verboten, ebenso wurde die Pressezensur eingeführt. Die Mitgliedsstaaten wurden zur Unterbindung der Freiheits- und Nationalbewegung verpflichtet, die Wiener Schlussakte von 1820 unterdrückte alle partizipatorischen Forderungen und nationalen Bewegungen. 1830 gab es Revolutionen in Griechenland und Belgien, die von anderen Nationalbewegungen aufmerksam verfolgt wurden.

In Frankreich kam es im selben Jahr zur liberalen Julirevolution, die zum Sturz des 1824 eingesetzten Bourbonenkönigs Karl X. und zur Berufung des *Bürgerkönigs* Louis Philippe führte. Dieser Bürgerkönig wurde bei der Februarrevolution 1848 gestürzt, die Zweite Republik ausgerufen.

In Polen kam es wiederholt zu Aufständen und in den Staaten des deutschen Bundes wuchs trotz massiver Repression eine liberale und nationale Bewegung. Das Hambacher Fest 1832 konnte nicht unterbunden werden, die Revolutionen in den anderen Ländern 1830 in Frankreich hatten neue Impulse geliefert. Außerdem entwickelten sich zahlreiche Vereine und Lesegesellschaften, die einen Raum schufen für intellektuelle und politische Debatten. 1839 entstand der Hallgartenkreis, der Mitglieder aus dem ganzen Deutschen Bund hatte und der maßgeblich am Zustandekommen der Frankfurter Nationalversammlung beteiligt war.

3.2 Wirtschaft und Soziales 1840-47

In den 1840er Jahren ging das Feudalzeitalter zu Ende, die Industrialisierung hatte mit der Dampfmaschine im 18. Jh. Bereits begonnen, der Eisenbahnbau erlebte um 1844 einen Boom. Doch Fabrikarbeiter einschließlich der Beschäftigten in den Manufakturen gab es zB in Preußen im Jahr 1849 nur 270.000 und 54.000 Bergleute – also eine geringe Zahl bei etwa 16 Mio Menschen in Preußen – wenn auch überall ihre Zahl im Anwachsen begriffen ist (Krupp, Boris, Maffei – Maschinenfabriken, Eisenbahnbau, Stahlwerke).³ Die Bildung marktbedingter Klassen schritt voran, doch noch blieben alte Bindungen und Abhängigkeiten, die der Industrialisierung im Weg standen. Alte Feudalrechte, Handelshemmnisse wie Zollgrenzen und Produktionshemmnisse wie fehlende Kredite ließen das System in den 40er Jahren stocken. Das aufstrebende und wirtschaftlich erfolgreiche Großbürgertum und Industriekapital brauchte garantierte Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit, Kredite, Import- und Exportmöglichkeiten, aber auch Arbeitskräfte. Staatsbildung und Kapitalismusformierung sind eng verschränkt. Die Literatur diskutiert, wann nun wirklich der Take- off der Industrialisierung im Deutschen Bund

und in Preußen stattfand, ob 1843 oder erst 1850. Doch 1850 klammert die Entwicklung im Eisenbahnbau und die hohen Gewinnen in diesem Sektor (mit 5 –6,2 % höher als Staatsanleihen oder Baumwolle) von 1840-47 aus. Ebenso den Boom von 1843, der v.a. durch den Eisenbahnbau zustande kam, wenn auch in Preußen etwas zögerlicher.

Dieser jedoch kam nicht weiter in Schwung, was u.a. an fehlenden Krediten, an der nicht nachkommenden Stahlproduktion und am Widerstand König FW IV lag, aber auch an Problemen in der Landwirtschaft. Dort hatte eine erste Industrialisierung mit dem Einsatz von Maschinen bereits viele Arbeitskräfte frei gesetzt; die Bevölkerung war stark gewachsen und in die Städte abgewandert. 1842 und 1845/46 kam es zu großen Missernten, die durch Handelsspekulation, Getreideexport und profitorientierte Branntweinproduktion verschärft wurden. Nach den knappen Ernten 1845 und 46 stiegen 1847 die Preise für Getreide und Kartoffeln auf eine Rekordhöhe. Fehlende Kaufkraft und die Konkurrenz der Manufakturen zogen eine die Handwerks- und Gewerbekrise nach sich und sorgten auch für einen Rückgang des protoindustriellen Heimgewerbes.

Als es 1847 in London und New York zu einer Banken- und Börsenkrise kam,⁴ erschütterte diese auch das Kreditsystem in Frankfurt und Köln. Banken brachen zusammen und u.a. die fehlende Kredite führten zu einer Handelskrise mit einer Rezession im Eisenbahnbau. Es kam zu Massenentlassungen.⁵ Der finanzielle Bankrott der Habsburgermonarchie drohte. Die Industriellen beschworen den Staat, zugunsten der Banken einzugreifen. Angesichts der Massennot fürchteten sie die kommunistische Bewegung. Nach dem Weberaufstand 1844 kam es 1845 zu einer Auswanderungswelle und 1845-47 immer wieder zu Teuerungskrawallen, in Berlin 1847 zur Kartoffelrevolution.

Die Regierungen erfuhren eine Legitimationskrise, die Warnungen vor einer Radikalisierung nahmen zu. Marx und Engels arbeiteten 1847 am Kommunistischen Manifest. 1847 kam es in der Schweiz zum Sonderbundkrieg zwischen den liberal-progressiven und den konservativ-katholischen Kantonen. Dieses Vorbild strahlt nach Baden und Württemberg aus und diente auch den revolutionären Bauern als Vorbild.

Auch Österreich erlebt 1847/48 einen Hungerwinter mit großer Not, die Wut bei den benachteiligten Bevölkerungsschichten und auch bei den Arbeitern in Wien steigt. Doch es ist kein Subjekt in Sicht, dass die Revolution tragen konnte.

3.3 Vorspiel in im Deutschen Bund

In Baden hatte sich 1846 die demokratische Bewegung gespalten: Eine konstitutionell-liberale um Mathy und Bassermann und in eine radikaldemokratische um Struve, Hecker und die Mehrheit der Zweiten Badischen Kammer. Metternich findet in der badischen Zweiten Kammer „unleugbar die ausgeprägtesten Demagogen Deutschlands“ wieder. 70% der männlichen Bevölkerung hatte das Wahlrecht, die badische Verfassung gilt als liberal.

3.3.1 Offenburger Programm

Im Offenburger Programm vom 12.9.1847 stellten die Demokraten insgesamt 13 Forderungen, darunter die Lossagung von den Karlsbader Beschlüssen, die Garantie der Menschenrechte und der politischen Freiheiten, die Einführung von Geschworenengerichten (damit eine Demokratisierung der Justiz) und eines Volksheeres, das auf die Verfassung vereidigt werden sollte. In diesen Forderungen gingen die badischen Radikalen weit über die Liberalen hinaus. Besonders auf Gustav Struve ist das Verlangen eines Ausgleichs des Missverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital zurückzuführen. Hinter den Forderungen steckt das Programm einer republikanisch-sozialistischen Umwälzung.

3.3.2 Heppenheimer Protokoll

Am 10.10.1847 zogen die Liberalen mit dem Heppenheimer „Protokoll“ nach. Sie sahen im Offenburger Programm eine "wirklich freche Kriegserklärung". Sie stellten die Notwendigkeit der deutschen Einigung in Freiheit und politischer Gleichberechtigung in den Vordergrund; bei den bürgerlich-politischen Grundrechten trafen sich die Ansichten und Forderungen von Offenburg und Heppenheim. Was aber vor allem trennte, war der Weg, auf dem man diese Ziele erreichen konnte: Gespräch mit den Regierenden statt revolutionäre Umwälzung, Reform oder Revolution.

3.3.3 Forderung Volksvertretung

Am 12. Februar 1848 forderte Bassermann eine vom Volk gewählte Vertretung beim Bundestag in Frankfurt.⁶ Diese Forderung war einer der Auslöser der Märzrevolution in Deutschland und führte über die Heidelberger Versammlung und das

Vorparlament schließlich zum ersten gewählten Parlament für Deutschland, der Frankfurter Nationalversammlung.

3.4 Vorspiel in Preußen

Zur Vorgeschichte gehört auch der erste vereinigte Landtag in Preußen, auf dem viele Hoffnungen enttäuscht wurden.

In Preußen gab es bis 1848 keine Verfassung und keine gesamtstaatliche Repräsentation.

Das Staatsschuldengesetz vom 17. Januar 1820 aber sah vor, dass neue Staatsschulden nur dann aufgenommen werden dürften, wenn diese auch von den „Reichsständen“ garantiert würden. König Friedrich Wilhelm IV versuchte zwar, einen Landtag zu umgehen, doch der wachsende Finanzbedarf des Staates zwang ihn zur Einberufung dieses Gremiums. Es gab große Vorbehalt gegen dieses „Scheinparlament“, aber die pragmatische Linie der rheinischen Provinziallandtagsabgeordneten setzte sich durch - sie hoffte auf eine Fortentwicklung zu einem echten Parlament. Doch der König von Preußen ließ diese parlamentarisch-konstitutionelle Hoffnungen platzen. Die politische Modernisierung sollte zwar voran getrieben werden, aber ohne Veränderungen an der Monarchie. Der Verfassungsstaat sollte ausgebaut werden, liberale Freiheitsrechte und politische Partizipationsrechte ausgedehnt, Presse- und Vereinigungsfreiheit gewährt sowie ein freies Universitäts- und Geistesleben gefördert.

3.5 Initialzündung

Doch die vorrevolutionäre Situation 47 und im Frühjahr 48 brauchte die Initialzündung durch den Aufstand am 22.2.48 in Paris. Auf Reformbanketten war dort zur Ausweitung des Wahlrechts aufgerufen worden. Am 22.2. wurde ein solches Bankett von der Regierung verboten- Massendemonstrationen waren die Antwort. Getragen war der spontane Protest von den Volksschichten, „die von der Arbeit ihrer Hände lebten“ (Alexis de Tocqueville). Als auf Demonstranten geschossen wurde, schlug die Demonstration in einen Aufstand um – am 23.2. wurden 1500 Barrikaden in Paris errichtet. Die Forderungen wurden radikaler: Die Ausrufung der Republik wird erzwungen, ebenso wie die Errichtung einer provisorischen Regierung. Auf Druck der Massen folgten weitreichende Reformen, incl eines Rechts auf Arbeit und die Abschaffung der Sklaverei. Am 2.3. dankte der König ab, das allgemeine

Wahlrecht wurde eingeführt und am 23.4. die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung durchgeführt. Die Arbeitslosigkeit stieg aber weiter, die Börsenkurse brachen ein. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise stärkte die Gegner, zumal sie auch auf das Land durchschlug. Der Versuch der Konservativen, die Nationalwerkstätten aufzulösen, führte zu einem neuen Aufstand (ca 50000), der mit militärischen Mittel niedergeworfen wurde (3000 Tote Revolutionäre, 1600 tote Soldaten). In den folgenden Auseinandersetzungen wurde die Spaltung der Revolutionäre in proletarische und bürgerlich wieder deutlich.⁷

4. Märzrevolution im Deutschen Bund

Die deutsche Revolution wird auch Märzrevolution genannt – das ist auch deshalb richtig, weil nach dem März bereits die meisten Revolutionäre ihr Ziel erreicht haben und zum Reformismus übergehen.

Nach dem Start der Revolution im Februar in Paris und in Karlsruhe mit der Besetzung des Ständehauses griffen die Aufstände schnell auch auf andere Staaten über. Im März gingen die Menschen zahlreich auf die Straße – während jedoch die Revolution in den Städten von Studenten, Arbeitern sowie Teilen des Bildungsbürgertums getragen wurde, kam die Sorge der Fürsten vor einer sozialen Revolution den Liberalen zugute.

In den Hauptstädten wurden sie in die Regierungen berufen oder zu Bürgermeistern. Die Mehrheit der Demokraten und Liberalen sah damit die Revolution für beendet an: Die offenen Fragen sollten in parlamentarisch legitimierter Reform geklärt werden. Außerdem wurde die Durchführung von Wahlen zu verfassungsgebenden Nationalversammlungen erzwungen. Am 3.3. hob der Bundestag die Zensur auf und am 9.3. wird schwarz-rot-gold zur Bundesfahne erklärt.⁸

4.1 Erhebungen auf dem Land

Anfang März bis Ende Juni kam es zu Erhebungen auf dem Land, doch nicht zu einem Bündnis mit Demokraten und Liberalen.

Der Umbau der ländlichen Gesellschaft hatte durch die Agrar-Revolution u.a. mit der Aufhebung der Leibeigenschaft bereits in der 2. Hälfte des 18 Jh eingesetzt. Der Stadt-Land-Konflikt verschärfte sich durch die Freisetzung von Arbeitskräften und der durch Reformen ermöglichten Bevölkerungsexplosion. Erste marktbedingte Klassen befanden sich im Entstehen. Die Junghegelianer beschäftigten sich mit dem Unrecht

ungleicher Geburt. Neue Wachstumsbegünstigte Gruppen verlangten Partizipation; auf dem Land fordern die Bauern jetzt die Abschaffung alter standesherrlicher Vorrechte. Die Erhebungen knüpften oft bewusst an die 12 Artikel der Bauernkriege von 1525/25 an und forderten u.a.: Aufhebung feudalarrechtlicher Bindungen, Beseitigung des adligen Jagdrechts, Bewilligung größerer Holzkontingente, freie Gemeindereform und Reform der Gerichtsverfassung.

Im südlichen Schwarzwald riefen 4000 Demonstrierende nach der Republik, der Einfluss der Schweiz machte sich bemerkbar, die Konstanzer Seeblätter unterstützten die Erhebung medial. Der Fürst zu Fürstenberg gab alle Rechte auf und senkte die Ablösezinzen. Am 14.4. folgte ein badisches Gesetz, das alle Feudalrecht aufhob. Ähnlich verlief die Entwicklung in allen Gebieten mit bäuerlichen Aufständen: Die Fürsten gaben ziemlich schnell nach. Sobald aber die bäuerlichen Ansprüche erfüllt waren, wechselten die Bauern ins konservative Lager: Als freie Bauern gegen arme Bauern und ländliche Unterschicht waren sie von den demokratischen und liberalen Bewegungen abgekoppelt - die bäuerliche Revolution wird zum Parteigänger der Konservativen.

5. Frankfurter Nationalversammlung

5.1 Start und Ziel

Die Nationalversammlung war zwar nicht vom Deutschen Bund initiiert, weshalb ihr nicht nur wesentliche Verfassungsorgane, sondern auch die rechtliche Legitimation, fehlte. Trotzdem nahm die Frankfurter Nationalversammlung am 18.5.48 ihre Arbeit auf. Bereits bei der Vorbereitung war die Kluft zwischen Liberalen und Radikaldemokraten deutlich geworden: Die zentrale Frage war Revolution oder Reform.⁹

Am 18.5. begann die Nationalversammlung in der Paulskirche. Das Arbeitsprogramm lautete: Eine neue Sozialstruktur zu finden und einen deutschen Nationalstaat mitten in Europa zu gestalten.

Die Spaltung zwischen Konstitutionellen Liberalen und republikanischen Demokraten war kaum zu überbrücken. Die Liberalen hatten die konstitutionelle Monarchie, den Mittelstandsschutz und die Verteidigung des Privateigentums im Programm.

5.2 Zusammensetzung des Parlaments

Das Parlament repräsentierte hauptsächlich das Bildungsbürgertum. 95 % der Abgeordneten besaßen Abitur, mehr als drei Viertel der Abgeordneten hatte ein Universitätsstudium absolviert, davon die Hälfte ein juristisches Studium. Eine größere Zahl der Abgeordneten war Mitglied einer Burschenschaft. Beruflich waren die höheren Staatsbeamten in der Mehrzahl: zu dieser Gruppe zählten insgesamt 436 Abgeordnete, darunter alleine 49 Hochschullehrer, 110 Richter und Staatsanwälte sowie 115 höhere Verwaltungsbeamte und Landräte.

149 Abgeordnete zählten als Anwälte, Ärzte, Journalisten oder Geistliche zum freiberuflichen Bürgertum.

Das Wirtschaftsbürgertum war lediglich mit knapp 60 Abgeordneten vertreten, darunter ein großer Anteil Verleger wie zB Bassermann.

Es gab nur drei Bauern, allerdings konservative ostelbische Großgrundbesitzer und nur wenige Handwerker. Weiterhin auffallend ist die große Zahl an bekannten Schriftstellern unter den Abgeordneten, wie zum Beispiel Ludwig Uhland und Victor Scheffel.

Die Linken, die auf jeden Fall die Revolution vorantreiben wollten, blieben in der Minderheit, max. ca 150 von ca 550 in der Regel anwesenden. Die Mehrzahl unter ihnen kam aus Baden, Württemberg, der Pfalz, Sachsen und den thüringischen Kleinstaaten. Sie waren auch diejenigen, die bis zum Schluss in Stuttgart an der Nationalversammlung festhielten und die Reichverfassungskampagne anführten.

1. Präsident der Frankfurter Nationalversammlung wurde Heinrich von Gagern. Am 17. Dezember 1848 wurde er auch zum Reichsministerpräsidenten bestellt. ¹⁰

5.3 Liberaler Kompromiss

Der Kompromiss der Liberalen lautete schließlich: Erzherzog Johann von Österreich wurde Reichsverweser (29.6.), neben ihm fingierte als neue Exekutive das Reichsministerium, allerdings ohne eigene Verwaltung oder eigenes Militär. Doch Österreich und Preußen weigerten sich, den Reichsverweser als Kriegsherrn anzuerkennen und die Soldaten auf ihn zu vereidigen. Die beiden wichtigsten deutschen Staaten behielten also die Kommandogewalt über ihre Streitkräfte.

5.4 Erfolge der Gegenrevolution

Negativ wirkte sich an diesem Punkt auch die Niederschlagung der Aufstände in Paris und Prag aus, die Gegenrevolution siegte und gewann wieder an Kraft. Der Prager Aufstand wurde am 16.6.48 durch österreichisches Militär unter Führung von Windisch-Graetz¹¹ niedergeschlagen, Ende Juni die Revolution in Paris mit 3000 Toten.

Kurz darauf, im Juli unterstützte die Nationalversammlung den Krieg zwischen Preußen und Dänemark um Schleswig-Holstein, der Deutsche Bund schickte militärische Unterstützung.¹²

Besonders Linke engagiert sich für den Krieg gegen Schleswig - Holstein und Marx forderte das Grenzland mit dem Recht der Zivilisation gegen die Barbarei. In Frankfurt kam es zu Unruhen mit ca 80 Toten. Der Friede von Malmö wird zögernd angenommen, Russland und England gelang es, im Vertrag von Malmö den Waffenstillstand zu erzwingen. Die Niederlage schadet der Linken.¹³

5.5 Themen der Nationalversammlung

Doch während auf der Straße bereits die Gegenrevolution gewinnt, müht sich die Nationalversammlung in Frankfurt weiter mit großen Themen:

5.5.1 Grundsatzdebatte 1: Staatsgebiet

Ausdehnung des neuen Staates: Kleindeutsche Lösung unter Vorherrschaft Preußens oder lockerer Bund mit Österreich? Nebenbei schwelt der Konflikt zwischen Berlin und Wien.

5.5.2 Grundsatzdebatte 2: Grundrechte

Grundrechte - Katalog (Vorbilder sind Amerika und Frankreich): Die Liberalen setzten sich durch. Freiheits- und Eigentumsrechte wurden verankert, soziale Sicherungsrechte fehlten. Verabschiedet wurde am 27./28.12. ein Gesetz über die Grundrechte des deutschen Volkes. Dieses wurde vom Bundestag am 23.8.51 wieder aufgehoben.

5.5.3 Grundsatzdebatte 3: Staatsform

Herrschaftsform: Monarchie oder Republik? Und welche Struktur?

Liberaler wollten einen Rechts- und Nationalstaat für alle, aber mit nach Besitz und Bildung gestaffelten Staatsrechten.

Republikaner setzten dagegen die demokratische Republik, die den Konstitutionellen und Liberalen nur Synonym für Anarchie und Herrschaft des Pöbels ist. Einig aber waren sie darin, dass Reformismus, also Zielerreichung ohne sozialrevolutionäre Umwälzung, der richtige Weg sei. Sie einte die Furcht vor dem Kommunismus. 1848 erschien das Kommunistische Manifest.

Moltke bemerkte 1849, dass angesichts der vom Liberalismus heraufbeschworenen Proletarier bald der liberalste Deputierte Stockaristokrat sein werde.

5.6 Einigung

Die Einigung heißt:

Das Deutsche Reich wird monarchistischer Verfassungsstaat mit Erbkaisertum mit suspensivem Vetorecht. Das bedeutete eine Machtverlagerung hin zum Reichstag, der zwei Kammern haben sollte (Volkskammer und Staatenhaus, in letzterem Regierungen und Landtage).

Da in Österreich Schwarzenberg inzwischen per Staatsstreich den Neoabsolutismus konsolidiert hatte, ergab sich eine kleindeutsche Lösung von selbst.

Am 28.3.49 wurde, 13 Monate nach Revolutionsbeginn und 10 Monate nach Eröffnung der Nationalversammlung, die neue Reichsverfassung verkündet und Friedrich Wilhelm IV zum Kaiser der Deutschen gewählt (290:248). Widerstand kam vor allem von linken sowie süddeutschen und österreichischen Abgeordneten.

5.7 Gescheitert: Kaiserwahl und Revolution

Es war bekannt, Friedrich Wilhelm IV. starke Vorurteile gegen die Arbeit der Frankfurter Nationalversammlung hegte, allerdings hatte die preußische Regierung am 23. Januar 1849 den deutschen Bundesstaaten mitgeteilt, dass Preußen die Ideen der *Erbkaiserlichen* akzeptieren würde. Doch jetzt – am 3.4. – lehnte der preußische König die „Krone aus der Gasse“ ab. Damit scheiterte die Verfassungspolitik der Paulskirche, es gab keinen Ersatz für FW IV. Die Gegenrevolution war inzwischen stark geworden, in Österreich hatte Schwarzenberg gewonnen. Die Verfassung war zu spät fertig geworden. Bis Mitte April 1849

unterzeichneten trotzdem 28 deutsche Staaten die Reichsverfassung, doch Bayern, Sachsen und Hannover weigern sich.

Die Vertreter der provisorischen Zentralgewalt hatten darüber hinaus in vielfältigen Gesprächen versucht, ein Bündnis mit der preußischen Regierung zu erreichen.

Doch eine gemeinsame Front gegen die radikale Linke zusammen mit der Behauptung, die Monarchie könne nur konstitutionell-parlamentarisch überleben, war wenig glaubhaft.

Nach dem Verbot der preußischen Nationalversammlung am 5.12.48 hätten sie sich das eigentlich denken können.

Die Ablehnung der Kaiserwürde war auch für andere deutsche Fürsten das Signal.

Nur widerstrebend nahmen vor allem kleinere Staaten die Reichsverfassung an, Württemberg blieb das einzige Königreich, das nach langem Zögern das Verfassungswerk akzeptierte.

5.8 Letzter Anlauf: Reichsverfassungskampagne

1949 hatten 28 deutsche Staaten die Reichsverfassung angenommen, doch gerade die mächtigsten Monarchien des kleindeutschen Reiches hatten sie abgelehnt (Württemberg, Bayern, Sachsen, Preußen). In Sachsen, in den westpreußischen Provinzen, in der bayrischen Pfalz und in Baden kam es zu schweren Konflikten, in Dresden und in der Pfalz zu Bürgerkriegen. Dabei wurde die Reichsverfassung paradoxerweise von den Linken verteidigt, die das Erbkaisertum strikt ablehnten. Friedrich Engels kommentiert, das seien diejenigen, die es „nicht mit der Verfassung, aber mit der Bewegung ernst meinten.“¹⁴ Der Aufstand in Dresden wurde durch preußische Truppen niedergeschlagen – die Nationalversammlung verurteilte das als Reichsfriedensbruch. Die Radikalen zogen in den Südwesten, wo die revolutionäre Linke den letzten Versuch unternahm, eine deutsche Republik zu schaffen. Die Nationalversammlung bestand fast nur noch aus Linken, die Zahl ist auf ca 100 bis 200 geschrumpft. Am 30.5. zog sie nach Stuttgart um, setzte den Reichsverweser ab und wählte aus den eigenen Reihen eine Fünfköpfigen Reichsregentschaft. Auf Betreiben des württembergischen Ministers Römer (einst Mitglied des Hallgartenkreises) wurde die Versammlung durch Militär aufgelöst und außer Landes verwiesen. 130 andere Abgeordnete versuchten unter von Gagern auf der Gothaer Tagung ihre Unionspläne unter preußische Krone weiter zu verfolgen. Baden erlebte nun die dritte Revolution. Fast die gesamte Armee lief auf die Seite der Revolution über.

6. Preußen

6.1 Revolution

Auch in den preußischen Westprovinzen nahmen die Proteste zu. In Berlin wurde am 9.3.48 Prinz Wilhelm zum Militärgouverneur des Rheinlands und Westfalens ernannt. In Berlin kam es zu Aufständen, an denen vor allem auch Handwerker und die arbeitende Bevölkerung teilnahm.

Nach Schüssen auf Demonstranten war der König am 19.3. gezwungen, sich vor den Märzgefallenen zu verbeugen. Der Monarch sah sich auch gezwungen, mit den Liberalen einen Dialog zu suchen.

Doch als Herrscher von Gottes Gnaden sah er sein Ziel vor allem darin, ein mächtiges deutsches ständisch organisiertes Reich zu führen. Über seine restaurativen Ziele täuschte die Gesprächsbereitschaft und sein Wunsch, vom Volk geliebt zu werden.

Zuerst also gab er den Märzforderungen nach. Am 29.3. trat die neue Regierung ihr Amt an mit zwei Liberalen der Großbourgeoisie an der Spitze: Ministerpräsident Camphausen und Finanzminister Hansemann.

Am 2.4. tagte der 2. vereinigte Landtag und berief die preußische Nationalversammlung ein, diese nahm am 22.5.48 ihre Arbeit auf. Hinter den Kulissen aber tobte die Auseinandersetzung zwischen der ultrakonservativen Militärpartei um Prinz Wilhelm und Gerlach mit dem schwankenden König und seinen widersprüchlichen Beratern. Als Schüsse auf einer Demo fallen (Virchow bemerkte dazu, „zum ersten seit 1789 Mal lässt der König auf Untertanen schießen“) starben 230 Menschen. Vor allem Handwerksgesellen und arbeitende Klassen leisteten Widerstand mit Waffen. Eine Proklamation sah vor, dass der Hohenzollernfürst an die Spitze der Deutschen Nation treten sollte, Preußen in Deutschland aufgehen und ein gesamtstaatliches Parlament zusammentreten.

6.2 Preußische Nationalversammlung

Deutlicher aber ebenso erfolglos wie die Nationalversammlung in Frankfurt, versuchte die Nationalversammlung in Berlin gegen König und Regierung die Oberkompetenz über das Militär zu erkämpfen.

Den Liberalen hatte die Märzrevolution politische Einflussnahme gebracht, sie waren Ministerpräsidenten und Finanzminister geworden. Die Nationalversammlung im Mai

sollte diese Position weiter ausbauen. Der Entwurf, über den verhandelt wurde, beinhaltete auch hier einen Katalog von Grundrechten (Gleichheit vor dem Gesetz, Ausübung der Bürgerrechte unabhängig von der Religionszugehörigkeit und Pressefreiheit, Petitionsrecht und Briefgeheimnis). Der König jedoch sollte eine starke Stellung behalten und Oberbefehlshaber bleiben. Besonders der Beschluss des Parlaments, vom Kriegsminister einen Erlass zu fordern, der Offizieren alle reaktionäre Bestrebungen verbot und sie auf einen konstitutionellen Rechtszustand verpflichtete, provozierte den Widerspruch der Rechten.

Gleichzeitig versuchten politische Clubs und Arbeitervereine, die zahlreich entstanden waren, für eine neue revolutionäre Erhebung zu mobilisieren. Doch für die Nationalversammlung gilt immer noch: Zusammenarbeit mit dem König. Während sie weiter über den Entwurf beriet, gewann die Gegenrevolution Zeit und sammelte sich.

6.3 Gegenrevolution

Als die Nationalversammlung am 12. Oktober das Gottesgnadentum aus der Verfassung gestrichen hatte, war die reaktionäre Kamarilla um die Brüder Gerlach mit ihrem Einfluss auf Friedrich Wilhelm IV erfolgreich.¹⁵ Wrangel wurde als Befehlshaber einer Armee eingesetzt wurde, die im Raum Berlin bald 80000 Mann stark war. Wieder kam es zu Unruhen in Berlin. In Wien feierte die Gegenrevolution einen Erfolg unter Schwarzenberg – mit diesem Vorbild ernannte am 1.11. der König ein antirevolutionäres Kabinett. Und er verlegte den Sitz des Parlaments in die Stadt Brandenburg.

Die Bürgerwehr weigerte sich, die Versammlung militärisch zu schützen. Deshalb rief die Nationalversammlung am 15.11. zum passiven Widerstand und zur Steuerverweigerung auf. Dies bot wiederum den Vorwand für die Regierung zur Verhängung des Belagerungszustands und des Kriegsrechts, Wrangel marschierte in Berlin ein. Es folgten Auflösung der Bürgerwehr, Verbot aller Parteien und Einschränkung von Presse- und Versammlungsfreiheit. Am 5.12.48 wurde das Parlament aufgelöst, im Mai 1849 das Dreiklassenwahlrecht wieder eingeführt.

7. Revolution in Österreich

Am 13. März 1848 brach die Revolution in Österreich aus. Dem Sturm auf das Ständehaus folgten Anschläge von Sozialrevolutionären gegen Läden und Fabriken in den Wiener Vorstädten.

Beim Versuch, Kaiser Ferdinand eine Petition zu überbringen, entwickelte sich ein Demonstrationzug; der Feuerbefehl von Erzherzog Albrecht forderte die ersten Todesopfer. Am Abend des 13. März 1848 trat der inzwischen 74-jährige Staatssekretär Fürst Metternich - verhasste Symbolfigur der Restauration - zurück. Es folgten Zugeständnisse von Kaiser Ferdinand I.: Abschaffung der Zensur und eine Staatsverfassung.

Statt einer Versammlung arbeitete eine am 21. März 1848 gebildete provisorische Staatsregierung die Pillersdorfsche Verfassung aus. Diese Verfassung führte erneut zu Protesten der Bevölkerung, die in den zweiten Wiener Aufstand mündeten. Auf revolutionären Druck hin wurde am 15. Mai 1848 die Märzverfassung wieder zurückgenommen. Der überforderte führungsschwache Kaiser floh am 17. Mai 1848 nach Innsbruck.

Am 22. Juli 1848 wurde der konstituierende österreichische Reichstag mit 383 Delegierten aus Österreich und den slawischen Ländern von Erzherzog Johann eröffnet. Unter anderem wurde dort Anfang September die Bauernbefreiung von der Erbuntertänigkeit beschlossen.

Als in Ungarn unter Lajos Kossuth der Aufstand in eine kriegerische Auseinandersetzung mit kaiserlichen Truppen mündete, versuchten am 6.10. Aufständische, kaiserliche österreichische Truppen daran zu hindern, nach Ungarn zu ziehen. Der Kriegsminister wird gelyncht und der Hof flieht nach Olmütz, der Reichstag wird nach Kremsier verlegt.

Im Verlauf der Kämpfe gelang es den Wienern Bürgern, Studenten und Arbeitern, die Hauptstadt in ihre Gewalt zu bringen, die Regierungstruppen waren ebenfalls geflohen. Aber die Revolutionäre konnten sich nur kurze Zeit halten. Am 23. Oktober wurde Wien von konterrevolutionären Truppen, die aus Kroatien und aus dem böhmischen Prag angerückt waren, eingeschlossen. Am 26. Oktober begann das österreichische und kroatische Militär mit der Beschießung Wiens. Nach einer Woche wurde Wien gegen den heftigen, aber aussichtslosen Widerstand der Wiener Bevölkerung von den kaiserlichen Truppen eingenommen und am 31.10. die Innere Stadt erstürmt. Viele Revolutionäre wurden hingerichtet, bekannt ist Robert Blum, der

eigentlich Immunität genoss. Auf Initiative des Feldmarschalleutnants Felix Fürst zu Schwarzenberg dankte Ferdinand ab und überließ den Thron seinem 18-jährigen Neffen Joseph, der den Kaisernamen Franz Joseph I annahm. Damit war die Revolution in Österreich niedergeschlagen. Österreich trat in die Phase des Neoabsolutismus ein. Der König in Berlin sah sich gestärkt.

8. Revolution in Baden: Anfang und Ende der Revolution 1848

Baden hatte drei große Aufstände 1848 und 1849. Die deutsche Märzrevolution begann nicht nur in Baden, sondern endete auch hier, als am 23. Juli 1849 die Festung Rastatt als letzte Bastion der Revolutionäre durch preußische Truppen eingenommen wurde. Am 12.4.48 rief Friedrich Hecker in Konstanz die Republik aus und zog nach Karlsruhe, um das System gewaltsam zu stürzen. Er und seine Anhänger wurden bei Kandern geschlagen. Hecker ging ins Exil nach Amerika.¹⁶ Am 21.9. rief Struve in Lörrach die Republik aus unter dem Motto „Wohlstand, Bildung, Freiheit für alle!“ – er scheiterte ebenfalls und wurde verhaftet, ebenso seine Frau Amalie. Sie saß in Freiburg 205 Tage in Einzelhaft, er in Rastatt und Bruchsal. Kaum frei wurde sie in Rastatt wieder aktiv.

Der dritten Erhebung vom Mai 49 folgen auch die Regimenter in Rastatt und Karlsruhe, der Großherzog flieht nach Germersheim in die Pfalz.¹⁷

Die staatliche Macht ging an den Landesausschuss und sein Exekutivorgan unter Lorenz Brentano über. Die Wahl einer konstituierenden Landesversammlung anstelle des alten Landtags vollendete die badische Umwälzung Anfang Juni 49. Zur selben Zeit verhandelte der Großherzog mit dem Unterhändler Savigny über mögliche Waffenhilfe. Die preußischen Bedingungen bedeuteten den Bruch mit den liberalen Traditionen Badens. Die preußischen Truppen hatten bereits am 17.5. die Pfalz besetzt. Ihnen gelang es unter Prinz W I mit einer Reichsarmee unter General Peucker innerhalb von drei Wochen die badischen Revolutionstruppen zu schlagen und zur Flucht in die Schweiz zu zwingen. Die Festung Rastatt leistete noch bis zum 23.7. Widerstand, dann wurde auch sie eingenommen. Bis November 1850 blieb das Land von preußischen Truppen besetzt.

Kennzeichnend für die Badische Revolution war, dass in ihr die Forderung nach einer demokratischen Republik am konsequentesten vertreten wurde.

Radikaldemokratische und frühsozialistische Revolutionäre waren stark vertreten.¹⁸

9. Fazit

Der Revolution fehlte alles, was Marx für notwendig hielt:

1. Es gab keinen historischen Träger, dessen Bedürfnisse als der adäquate Ausdruck kollektiver Interessen erschien.
2. Soziale Revolutionen müssen internationalen Charakter tragen
3. In Deutschland soziale Revolution erst, wenn es der Bourgeoisie gelingt, im Bunde mit allen beherrschten Schichten den Staat auf dem Weg einer politischen Revolution zu erobern.
4. Revolution sind nur denkbar im Gefolge einer universellen ökonomischen Krisen
5. Voraussetzung für soziale Revolutionen allerdings hoher Entwicklungsgrad der industriellen Revolution.

1. Marktbedingte Klassen waren erst im Entstehen. Marx mischte in der Diskussion mit, doch die wirkliche, die soziale Revolution hatte wenig Unterstützung und starke Gegner. Revolutionäre Aufstände radikaldemokratischer, sozialrevolutionärer und kommunistischer Gruppen wurden überall erfolgreich niedergeschlagen. Die Bewegung war gespalten und schlecht vernetzt.

Nach den schnellen Zugeständnissen schien v.a. den Liberalen eine Zusammenarbeit mit der Monarchie möglich. Sie hielten, nachdem sie in die Ministerien berufen worden waren, die Revolution für beendet und setzten auf Reform und Zusammenarbeit mit den Dynastien. Wirtschaftsreformen sowie einen ungehinderter wirtschaftlichen Aufschwung waren ihnen wichtiger als eine bürgerliche Revolution. Am Ende der Revolution erfuhren zwar auch sie einen Rückschlag, Grundrechte wurden wieder entzogen. Doch durch den wirtschaftlichen Aufschwung wurden ihre zentralen Anliegen erfüllt, die Reichseinigung unter militärischer Führung kam ihnen zu Gute.

Auch die Bauern erreichten ihre Ziele und liefen zum konservativen Lager über. Sie hatten erreicht, dass letzte feudale Strukturen beseitigt wurden.

Die konservativen Staatsleitungen wurden zwar von den Märzforderungen überrascht und kurzzeitig geschwächt, doch wesentliche Säulen des spätabolutistischen Staates blieben intakt: Militär und Verwaltung, Landadel und die

Kontrollbehörden der Außenpolitik. Das System Metternich wurde beseitigt, doch kein Schloss zerstört; die alte Ordnung konnte so leicht wieder hergestellt werden.¹⁹

2. Ein internationaler Charakter war durchaus bei den Kommunisten und den Radikaldemokraten vorhanden – sie alle unterstützten die Aufstände an anderen Orten, versuchten Vernetzung, und teilweise eine europäische Republik. Doch war die Bewegung insgesamt zu schwach.

3. In Deutschland gelang es der Bourgeoisie, im Bunde mit den herrschenden Schichten den Staat zu erobern. Damit war die soziale Revolution gescheitert. Die bürgerliche Revolution war monarchisch.

4. Krisen gab es.

5. Das Land war noch nicht besonders hoch industriell entwickelt. Marktbedingte Klassen erst im Entstehen. Einzelinteressen wurden schnell befriedigt.

Nach Marx war es keine Revolution, nach Heine eine gescheiterte, die alten fürchteten sie trotzdem und verboten Herrscher jede Erinnerungskultur daran. Und zumindest in Baden ist bekannt: Hecker hängt am Traume der deutschen Republik...

10 . Literatur

BpB: Informationen zur politischen Bildung 265, Revolutionen 1848, 1999

Lenk, Kurt: Theorien der Revolution, München 1981

LpB: Revolution 1848/49 in Baden und Mitteldeutschland

Autorengruppe Walter Schmidt: Deutsche Geschichte. Band 4,

Die Bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871, 1984

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 2, 1989

Fußnoten Wikipedia

1 Der Wiener Kongress vom 18. September 1814 bis 9. Juni 1815 legte in Europa die Grenzen neu fest und definierte neue Staaten. Anlass war die Niederlage von Napoleon Bonaparte, der zuvor die politische Landkarte des Kontinentes erheblich verändert hatte.

Unter der Leitung des österreichischen Außenministers Metternich berieten politisch bevollmächtigte Vertreter aus rund 200 europäischen Staaten, Herrschaften, Körperschaften und Städten, darunter alle bedeutenden Mächte Europas mit Ausnahme des Osmanischen Reichs. Die führende Rolle spielten die Großmächte Russland, Vereinigtes Königreich, Österreich, Preußen, die wiederhergestellte französische Monarchie und der Kirchenstaat. Die deutschen Probleme wurden angesichts ihres Umfangs von den übrigen europäischen Angelegenheiten getrennt besprochen. Geschaffen wurde schließlich der lose Deutsche Bund souveräner Staaten mit Österreich als Präsidialmacht. Als Verfassung wurde die Deutsche Bundesakte am 8. Juni 1815, ein Tag vor der Unterzeichnung der Wiener Kongressakte, verabschiedet. Die ersten elf Artikel der Bundesakte wurden in die Wiener Kongressakte aufgenommen und dadurch unter den Schutz bzw. die Garantie der Signatarmächte gestellt. Aufgegeben wurde eine starke Exekutive ebenso wie ein oberstes Bundesgericht. Aus den ursprünglichen Überlegungen erhalten blieb die Bestimmung, dass sich jeder Bundesstaat eine landständische Verfassung geben müsse. Eine ganze Reihe von Ländern kam dieser Forderung auch rasch nach. Aber ausgerechnet die beiden deutschen Großmächte Preußen und Österreich verfügten bis 1848 über keine geschriebene Verfassung.

Ausdrücklich wurde erklärt, dass der Deutsche Bund nicht der Rechtsnachfolger des alten Deutschen Reiches sei. Ebenso wurde hervorgehoben, dass der Bund rein defensiven Charakter habe und nur der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands diene. Der Deutsche Bund wurde damit, auch wenn eine gemeinsame aktive Außenpolitik unmöglich war, ein notwendiger Teil im System des europäischen Gleichgewichts.

Zum Deutschen Bund gehörten Preußen und Österreich nur mit ihren ehemaligen Reichsländern. Das heißt Österreich ohne die polnischen, ungarischen und italienischen Gebietsteile, Preußen ohne West- und Ostpreußen und Posen. Als ausländische Monarchen waren der König von Großbritannien als König von Hannover, der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg und der König von Dänemark als Herzog von Holstein und Lauenburg, Bundesfürsten mit Sitz und Stimme in der Bundesversammlung.[10]

2 Der Deutsche Bund war ein Staatenbund überwiegend deutschsprachiger Staaten zwischen 1815 und 1866. Er wurde am 8. Juni 1815 auf dem Wiener Kongress ins Leben gerufen. Er folgte dem 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reich und dem napoleonischen Rheinbund als lockerer Zusammenschluss von Einzelstaaten nach.

Die Gründungsurkunde, die Deutsche Bundesakte, wurde von 39 Mitgliedsstaaten unterzeichnet, von 35 Fürstentümern und vier freien Städten.[1] Deren Anzahl sank durch Vereinigungen infolge von Kauf oder Erbgang bis 1863 auf 35 Staaten. Von Preußen und Österreich gehörten nur die Teile zum Deutschen Bund, die bereits zuvor Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gewesen waren. Die Fläche des Deutschen Bundes umfasste im Jahr 1815 rund 630.100 Quadratkilometer mit einer Bevölkerungszahl von etwa 29,2 Millionen Einwohnern, die bis 1865 auf ungefähr 47,7 Millionen Einwohner anwuchs.[2]

Der Deutsche Bund wurde in Folge des Deutschen Krieges im Prager Frieden offiziell aufgelöst. Im Jahr 1871 gab es nach dem Beitritt der drei süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund kurzzeitig erneut einen Deutschen Bund, ehe dieser nach der Reichsgründung zum Deutschen Reich wurde.

³ Handarbeiter und Tagelöhner, Handwerksgesellen und Gehilfen, schließlich die Manufaktur/Fabrik- und industriellen Lohnarbeiter - „arbeitenden Klassen“ im weitesten Sinn - stellten in Preußen 1849 etwa 82 % aller Erwerbstätigen und zusammen mit ihren Angehörigen 67 % der Gesamtbevölkerung.

⁴ 1847 wurde Großbritannien erneut von einer heftigen Wirtschaftskrise erschüttert, diesmal ausgelöst durch die Spekulation mit [Eisenbahnen](#) und Zulieferungsunternehmen.

⁵ Wehler, S.651

⁶ Einen vergleichbaren Antrag hatte er 1844 („Motion Bassermann“) gestellt, ähnlich auch Antrag Welckers von 1831

⁷ Die soziale Republik scheiterte. So wie der Start dieses Aufstandes andere Aufständische beflügelte, so auch die Niederschlagung. Die reaktionäre Gegenbewegung feierte den Sieg, so wie Hecker den Beginn gefeiert hatte.

⁸ Bundestag (Deutscher Bund)

Der Bundestag (oder Bundesversammlung) mit Sitz in Frankfurt am Main war das oberste Organ des Deutschen Bundes. Als ständiger Gesandtenkongress bildete er von 1815 bis 1848 und von 1851 bis 1866 die einzige zentrale Institution, die für ganz Deutschland zuständig war. Ins Leben gerufen wurde der Bundestag auf Beschluss des Wiener Kongresses, der nach den Napoleonischen Kriegen eine neue Friedensordnung für Europa und eine neue Verfassungsordnung für Deutschland schaffen sollte. Die auf ihre Souveränität bedachten deutschen Staaten – damals vier Freie Städte und 37 Fürstenstaaten – konnten sich jedoch nicht auf eine Wiederherstellung des 1806 aufgelösten Kaiserreichs einigen.

Daher sah die Deutsche Bundesakte von 1815, die Bestandteil der Wiener Kongressakte war, einen Bundestag als ständigen Gesandtenkongress aller Mitgliedsstaaten vor, der an die Stelle der früheren kaiserlichen Zentralgewalt treten sollte. Zum Sitz des Bundestages wurde das Palais Thurn und Taxis in der Freien Stadt Frankfurt am Main bestimmt, wo er ab dem 5. November 1816 einmal wöchentlich tagte.

Im Engeren Rat (Bundesregierung) wurden Beschlüsse durch einfache Mehrheit gefasst. Beschlüsse besonderer Tragweite wurden vom engeren Rat an das Plenum gegeben, das mit 2/3 Mehrheit beschloss. Änderungen der Grundgesetze und Beschlüsse in Religionsangelegenheiten bedurften der Einstimmigkeit. Den ständigen Vorsitz im Bundestag führte der Gesandte Österreichs. Die Beschlüsse des Bundestages waren für die Mitgliedsstaaten bindend, die Ausführung lag aber allein in deren Händen. Auch die Hoheit über Zoll-, Polizei- und Militärwesen verblieb bei den Einzelstaaten.

Im engeren Rat hatten die 11 Groß- und Mittelstaaten

(Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Dänemark (für Holstein und Lauenburg) und Niederlande (für Luxemburg) je eine Virilstimme, während die Kleinstaaten zu 6 Gruppen zusammengefasst waren und mit je einer Kuriatstimme abstimmten:

die Sächsischen Herzogtümer (Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Coburg, Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Hildburghausen)

Braunschweig und Nassau

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz

Oldenburg und die anhaltischen und schwarzburgischen Häuser (Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt)

die Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, beide Reuß (ältere und jüngere Linie), Liechtenstein, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und Waldeck

die vier Freien Städte (Lübeck, Frankfurt am Main, Bremen, Hamburg)

Im Plenum zählten 70 Stimmen, die sich in Abhängigkeit von der Größe auf die verschiedenen Staaten verteilten: Österreich und die 5 Königreiche (Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg) je 4 Stimmen. Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Holstein und Luxemburg je 3 Stimmen, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Nassau je 2 Stimmen und die übrigen 25 Kleinstaaten und freien Städte je 1 Stimme.

Als Folge der Märzrevolution erklärte der Bundestag seine Tätigkeit im Juli 1848 für beendet und übertrug seine Befugnisse auf die Nationalversammlung, das erste frei gewählte

deutsche Parlament und auf die von diesem geschaffene Provisorische Regierung. Nach dem Scheitern der Revolution wurde der Bundestag im September 1850 jedoch wieder hergestellt.

Endgültig aufgelöst wurde er erst, als der Deutsche Bund 1866 im Deutschen Krieg zerbrach und Frankfurt von Preußen annektiert wurde. Seine Befugnisse gingen zunächst auf den Reichstag des Norddeutschen Bundes, nach der deutschen Einigung 1871 auf den Deutschen Reichstag über.

9 Vorbereitung in Heidelberg

Am 5. März 1848 trafen sich 51 Repräsentanten der südwestdeutschen Liberalen und Demokraten in Heidelberg auf Einladung des Liberalen Johann Adam von Itzstein. Schon in Heidelberg zeigt sich ein unüberbrückbarer Graben zwischen Reform und Revolutionsbefürwortern. Liberale waren an die Spitze von Märzregierungen gekommen, als die Fürsten versucht hatten, die Wogen der Revolution zu glätten. Sie plädieren auch folgerichtig für Abbruch der Revolution.

Diskutiert wurde über Zentrale Forderungen der Opposition in Deutschland, Gewährung von Bürger- und Freiheitsrechten, die Einsetzung liberaler Landesregierungen, vor allem aber die Schaffung eines deutschen Nationalstaats mit gesamtdeutscher Verfassung und einer Volksvertretung. In Heidelberg beschließen sie mehrheitlich die Gründung eines Vorparlaments, das Wahlen zu einer

verfassungsgebenden Nationalversammlung vorbereiten sollte. Ein von der Versammlung bestimmter Siebenausschuss lädt daraufhin ca. 574 Mitglieder aus neuen und altständischen Landtagen (2 Österreicher) nach Frankfurt ein. Darunter zB auch Robert Blum. 9

Vom 31.3. – 3.4. tagt das Frankfurter Vorparlament. Die Mehrheit setzt weiter auf Zusammenarbeit mit Dynastien und Einzelstaaten. Drei Fünftel für konstitutionelle Monarchie, zwei Fünftel für Republik.

Das 1. Thema des VP ist das Wahlrecht. Es wird unterschiedlich gehandhabt, in einigen Staaten mit Wahlmännern. 80 – 90 % der Männer über 25 dürfen wählen, 75 % machen davon Gebrauch (in W 80%). In Tiengen (Baden) wird der im Exil befindende Friedrich Hecker gewählt.

10 Er amtierte darin sowohl als Reichsinnen- und Reichsaußenminister. Von diesem Amt trat er jedoch am 10. Mai 1849 zurück, als absehbar war, dass die Politik der gemäßigten Liberalen endgültig gescheitert war, das Paulskirchenparlament unter monarchischem Druck Auflösungserscheinungen zeigte und sich in der Folge radikalisierte. Am 24. Mai 1849 legte er ebenso sein Abgeordnetenmandat nieder.

¹¹ Alfred I. zu Windisch-Graetz 1804 wurde in den Reichsfürstenstand erhoben und nahm ab 1805 am Feldzug gegen [Napoleon](#) (Dritter, Fünfter und Sechster Koalitionskrieg) teil.

Im südböhmischen [Frauenberg](#) heiratete er am 15. Juni 1817 Eleonore Prinzessin zu Schwarzenberg, mit der er sieben Kinder hatte, darunter Alfred Nikolaus Guntram Fürst zu Windisch-Graetz, geb. am 28. März 1819 in Wien, gestorben am 28. April 1876 in Tachau (Tachov).

Als Stadtkommandant von Prag leitete er im Juni 1848 die Niederschlagung des tschechischen Pfingstaufstands. Während der Kampfhandlungen in Prag wurde seine Ehefrau von einer verirrten Kugel tödlich getroffen. [Friedrich Engels](#) berichtete in der *Neuen Rheinischen Zeitung* Nr. 18 vom 18. Juni 1848 von den Geschehnissen in [Böhmen](#) und fügte hinzu: „Die österreichische Soldateska hat die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenbleibens von Böhmen und Deutschland im tschechischen Blute erstickt.“

Während des [Wiener Oktoberaufstands](#) wurde [Alfred I. zu Windisch-Graetz](#) vom österreichischen Kaiser das Oberkommando übertragen. Am 31. Oktober 1848 drang das Militär unter seiner Führung in Wien ein und verhalf der Gegenrevolution zum Sieg. Etwa 2000 Tote und erhebliche Verwüstungen waren das Ergebnis. Die standrechtliche Erschießung des Politikers und Abgeordneten der [Frankfurter Nationalversammlung](#) [Robert Blum](#) rief dabei große Empörung hervor. Er starb 1862.

¹² Der **Vertrag von Malmö** regelte einen am 26. August 1848

geschlossenen [Waffenstillstand](#) zwischen den Kriegsgegnern [Dänemark](#) und [Preußen](#) sowie die Machtverhältnisse in der [Schleswig-Holstein-Frage](#).

Als der dänische König [Friedrich VII.](#) im Jahre 1848 eine dänische Verfassung, die wahrscheinlich auch das [Herzogtum Schleswig](#) betroffen hätte, beriet, schickte der [Deutsche Bund](#) Truppen unter General [Friedrich Graf von Wrangel](#) in den Kampf (siehe: [Schleswig-Holsteinischer Krieg \(1848–1851\)](#)).

In Folge dessen erzwangen die europäischen Großmächte Russland, Frankreich und Großbritannien am 26. August 1848 unter Vermittlung Schwedens den Vertrag von Malmö. Das Übereinkommen regelte einen 7-monatigen Waffenstillstand mit den Bedingungen, dass alle Truppen der verfeindeten Mächte aus Schleswig-Holstein abgezogen werden und eine preußisch-dänische Regierung eingesetzt wird, die unter der Aufsicht Großbritanniens und Russland stehen sollte.

In der [Frankfurter Nationalversammlung](#) wurde die Ratifizierung des Vertrages mit 238 gegen 221 Stimmen abgelehnt. Hauptgegner waren vor allem die links-demokratischen Kräfte, die den Vertrag vollständig ablehnten. Als durch einige Abgeordnete, die ihre Meinung geändert hatten, der Vertrag am 16. September letzten Endes doch ratifiziert werden konnte, kam es zu blutigen Aufständen vor der [Frankfurter Paulskirche](#). Viele Gegner des Vertrags, welche die nationale Einheit anstrebten, fühlten sich verraten. Die Ruhe konnte erst wieder durch den Einsatz preußischer und österreichischer Truppen hergestellt werden. Auch an anderen Orten war der Vertrag von Malmö Anlass zu einer Intensivierung der Volksunruhen im Umfeld der [Deutschen Revolution von 1848/49](#).

Gekündigt wurde der Vertrag von Malmö am 22. Februar 1849 durch Dänemark und zog weitere Kampfhandlungen gegen ein deutsches Bundesheer unter dem preußischen General [Karl von Prittwitz](#) nach sich.

13 Der Vertrag von Malmö regelte einen am 26. August 1848

geschlossenen Waffenstillstand zwischen den Kriegsgegnern Dänemark und Preußen sowie die Machtverhältnisse in der Schleswig-Holstein-Frage.

Als der dänische König Friedrich VII. im Jahre 1848 eine dänische Verfassung, die wahrscheinlich auch das Herzogtum Schleswig betroffen hätte, beriet, schickte der Deutsche Bund Truppen unter General Friedrich Graf von Wrangel in den Kampf (siehe: Schleswig-Holsteinischer Krieg (1848–1851)).

In Folge dessen erzwangen die europäischen Großmächte Russland, Frankreich und Großbritannien am 26. August 1848 unter Vermittlung Schwedens den Vertrag von Malmö. Das Übereinkommen regelte einen 7-monatigen Waffenstillstand mit den Bedingungen, dass alle Truppen der verfeindeten Mächte aus Schleswig-Holstein abgezogen werden und eine preußisch-dänische Regierung eingesetzt wird, die unter der Aufsicht Großbritanniens und Russland stehen sollte.

In der Frankfurter Nationalversammlung wurde die Ratifizierung des Vertrages mit 238 gegen 221 Stimmen abgelehnt. Hauptgegner waren vor allem die links-demokratischen Kräfte, die den Vertrag vollständig ablehnten. Als durch einige Abgeordnete, die ihre Meinung geändert hatten, der Vertrag am 16. September letzten Endes doch ratifiziert werden konnte, kam es zu blutigen Aufständen vor der Frankfurter Paulskirche. Viele Gegner des Vertrags, welche die nationale Einheit anstrebten, fühlten sich verraten. Die Ruhe konnte erst wieder durch den Einsatz preußischer und österreichischer Truppen hergestellt werden. Auch an anderen Orten war der Vertrag von Malmö Anlass zu einer Intensivierung der Volksunruhen im Umfeld der Deutschen Revolution von 1848/49.

Gekündigt wurde der Vertrag von Malmö am 22. Februar 1849 durch Dänemark und zog weitere Kampfhandlungen gegen ein deutsches Bundesheer unter dem preußischen General Karl von Prittwitz nach sich.

14 LpB: Revolution 1848/49 in Baden und Mitteldeutschland, 1984, S.7

15 Die Kamarilla um den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. war ein Kreis, der versuchte, eine konservative Politik im Hinblick auf die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 durchzusetzen. Ihm werden zugerechnet Generaladjutant Gustav von Rauch, der Staatsminister Ludwig von Massow, der Hofmarschall Graf Keller, Leopold von Gerlach, Ernst Ludwig von Gerlach, der Flügeladjutant Edwin von Manteuffel, später auch der Kabinettsrat Marcus von Niebuhr. Als Ratgeber des Zirkels fungierten die konservativen Dogmatiker Heinrich Leo und Friedrich Julius Stahl, im Herbst und Winter 1848 kamen auch Otto von Bismarck und Hans-Hugo von Kleist-Retzow hinzu. Weiterhin standen ihr nahe der alte Feldmarschall Graf Dohna und der Konsistorialpräsident Graf Voß-Buch.

¹⁶ Die [Februarrevolution 1848](#) in Frankreich schürte politische Hoffnungen bei Hecker und seinen Gesinnungsgenossen. Er stellte sich auf die Seite der revolutionär gesinnten Bürger, die am 12. März 1848 ihre Petitionen beim Karlsruher Landtag einreichen wollten.

Die [Zweite Offenburger Volksversammlung](#) am 19. März 1848 war für Hecker ein Erfolg. Die Versammlung verabschiedete ein revolutionäres Programm und beschloss die Gründung

von [vaterländischen Vereinen](#). Auch am Frankfurter [Vorparlament](#) (31. März bis 3. April 1848) nahmen Hecker und Struve teil, konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Weder gelang es ihnen, in den [Fünzigerausschuss](#) gewählt zu werden, noch stießen ihre radikalen Auffassungen auf Begeisterung. Das Vorhaben, sogleich einen revolutionären Vollzugausschuss zu gründen, der die politische Macht zu übernehmen habe, scheiterte im Ansatz.

Enttäuscht von den Frankfurter Demokraten, unternahmen Hecker und Struve am 13. April 1848 von [Konstanz](#) aus einen bewaffneten revolutionären Aufstand, der als „[Heckerzug](#)“ in die Geschichte eingegangen ist. Konstanz, die als liberal geltende Hauptstadt des [Seekreises](#), erschien ihm als idealer Ausgangspunkt für einen Revolutionszug von [Freischärlern](#) gegen die Residenz in [Karlsruhe](#). Hecker überschätzte jedoch die Teilnahmewilligkeit der Bevölkerung. Sein Zug von anfänglich 30-50 Mann wuchs innerhalb einer Woche zwar auf rund 800 Teilnehmer an, doch wurde er von Truppen des [Deutschen Bundes](#) in die Enge gedrängt und bei [Kandern](#) am Fuß des [Südschwarzwalds](#) besiegt. Das Gefecht von Kandern forderte mehrere Menschenleben, darunter der General [Friedrich Freiherr von Gagern](#).

17 Amalie Struve hatte mit ihrer Agitation wesentlichen Anteil daran, dass am 11. Mai 1849 die badische Garnison von Ratsatt meuterte. Im daran anschließenden Aufstand wurde ihr Mann aus der Haft in Bruchsal befreit.

¹⁸ Einige der profiliertesten Köpfe waren Friedrich Hecker, Gustav Struve und seine Frau Amalie. Gottfried Kinkel und Georg Herwegh und seine Frau Emma. Des Weiteren war Wilhelm Liebknecht, der zu dieser Zeit noch relativ unbekanntere spätere Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), der Vorläuferpartei der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), im September 1848 am Aufstand in Lörrach beteiligt und im Mai 1849 als Adjutant Struves Teilnehmer der Badischen Revolution. Auch der Sozialist Friedrich Engels, der während der Märzrevolution für die von Karl Marx in Köln herausgegebene „Neue Rheinische Zeitung“ schrieb, nahm 1849 in der Endphase der Badischen Revolution aktiv an den Kämpfen gegen konterrevolutionäre preußische Truppen teil. Schließlich stießen aus Köln auch die Eheleute Fritz und Mathilde Franziska Anneke zu den badischen Freischärlern.

¹⁹ Nach 49: Die Liberalen traf die Ausgrenzung nicht so hart wie die Demokraten, wenn auch sie mit der parlamentarischen Reichsgründung gescheitert waren. Das konservative Lager machte sich daran, revolutionären Kräften jede Möglichkeit zu verbauen. Von diesen waren aber sowieso die meisten tot oder im Exil. Einige Frauen wurden in der amerikanischen Frauenbewegung aktiv. Hecker wird Farmer.

Den Liberalen war die Reichsgründung wichtiger gewesen als alles andere. An diese machten sich nun Bismarck und Wilhelm. Sie konnten auf Grundmodelle FW IV und seinem konservativen Kreis zurückgreifen. Wie Metternich die Französische Revolution im Bewusstsein hatte, so fürchteten sie die Revolution 48. Die Grundgegebenheiten war v.a. die militärische Basis, dem der Hohenzollernstaat seinen Aufstieg verdankte. Weitere Entwicklung: Militarisierung und Ausgrenzung von Liberalen und Demokraten als Reichsfeinde, christlich verbrämte Monarchie. Das deutsche Reich ist nicht zu verhindern.